



Der Kreistag - Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss



HESSENS MITTE • WISSEN
WIRTSCHAFT & KULTUR

Az.: 91 000-212

Gießen, den 6. Mai 2013

Kreisgremien und
Öffentlichkeitsarbeit
Anette Herzberger
Gebäude F, Raum F208
Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1829
anette.herzberger@lkgi.de
www.lkgi.de

NIEDERSCHRIFT

**über die 14. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Rechtsausschusses des
Landkreises Gießen am 02. Mai 2013
Konferenzraum 1, Zimmer Nr. F212, Riversplatz 1-9, 35394 Gießen**

Zu dieser Sitzung wurde mit Einladungsschreiben vom 15. April 2013 eingeladen.

Sitzungsbeginn: 16.37 Uhr

Sitzungsende: 18.25 Uhr

Es sind anwesend:

Ausschussmitglieder

Herr Matthias Klose
Herr Stefan Bechthold
Frau Annette Bergen-Krause
Herr Heinz-Peter Haumann
Herr Frank Ide
Herr Matthias Knoche
Herr Klaus Peter Möller
Herr Reinhard Peter
Herr Peter Pilger
Herr Erhard Reinl
Herr Gerónimo Sánchez Miguel
Herr Karl-Heinz Schäfer

Ausschussvorsitzender
Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordnete
Kreistagsabgeordneter
stv. Ausschussvorsitzender
Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordneter
stv. Ausschussvorsitzender
Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordneter

beratende Ausschussmitglieder

Herr Reinhard Hamel
Herr Matthias Tampe-Haverkock
Frau Maria Alves
Herr Harald Scherer
Herr Tim van Slobbe

Kreistagsabgeordneter
Gruppenvorsitzender
Kreisausländerbeiratsmitglied
Gruppenvorsitzender
Kreisausländerbeiratsmitglied

Ältestenrat

Herr Karl-Heinz Funck	Kreistagsvorsitzender
Frau Claudia Zecher	stv. Kreistagsvorsitzende
Frau Hiltrud Hofmann	Fraktionsvorsitzende
Herr Horst Nachtigall	Fraktionsvorsitzender
Herr Günther Semmler	Fraktionsvorsitzender

Kreisausschuss

Frau Anita Schneider	Landrätin
Herr Dirk Oßwald	hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter
Frau Dr. Christiane Schmahl	hauptamtliche Kreisbeigeordnete
Herr Johann Gottfried Hecker	Kreisbeigeordneter (mit Dezernat)
Herr Dr. Klaus Becker	Kreisbeigeordneter
Frau Silva Lübbers	Kreisbeigeordnete
Herr Gottfried Schneider	Kreisbeigeordneter

Verwaltung

Herr Klaus Dieter Schmitt	Schriftführer
---------------------------	---------------

Entschuldigt

Herr Dennis Stephan	Gruppenvorsitzender
Herr Dr. Sven Simon	stv. Kreistagsvorsitzender
Herr Claus Spandau	Fraktionsvorsitzender
Herr Alexander Wright	stv. Kreistagsvorsitzender

1. Eröffnung und Begrüßung

Ausschussvorsitzender Matthias Klose eröffnet die 14. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Rechtsausschusses. Er begrüßt die anwesenden Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer und stellt sodann die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistagsausschusses fest. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird der Tagesordnungspunkt 9 (Zwischenbericht zur Überprüfung der Mitglieder von Kreistag und Kreisausschuss auf eine frühere NS-Mitgliedschaft) vorgezogen.

9. Zwischenbericht zur Überprüfung der Mitglieder von Kreistag und Kreisausschuss auf eine frühere NS-Mitgliedschaft; hier: Beschluss des Kreistages vom 19. September 2011

Der Ausschussvorsitzende, Herr Klose, begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den ehemaligen Kreistagsvorsitzenden, Herrn Karl Starzacher, der einen Bericht über seine Gespräche mit heute noch lebenden ehemaligen Mitgliedern von Kreistag und Kreisausschuss, die zuvor Mitglied der NSDAP waren, erstatten wird. Im Verlauf der Beratung dieses Tagesordnungspunktes begrüßt der Ausschussvorsitzende ebenfalls Herrn Jörg-Peter Jatho aus Gießen, der die NSDAP-Vergangenheit der heimischen Region ehrenamtlich aufarbeitet.

Frau Landrätin Schneider erläutert zunächst ausführlich den Zwischenbericht zur Überprüfung der Mitglieder von Kreistag und Kreisausschuss auf eine frühere NSDAP-Mitgliedschaft, der dokumentiert, wie der Kreistagsbeschluss vom 19. September 2011 umgesetzt wird. Da seit der Vorlage dieses Zwischenberichtes am 30. Januar 2013 einige Kongresse zu diesem Thema stattfanden, seien die zwischenzeitlich gewonnenen Erkenntnisse in einem zusätzlichen Vorbericht vom 25. März 2013 zusammengefasst worden. Hierzu sei eine sehr differenzierte Betrachtung notwendig gewesen. Frau Schneider bedankt sich bei allen Mitwirkenden, allen voran Herrn Jörg-Peter Jatho und Herrn Karl Starzacher, die an diesem Prozess ehrenamtlich mitgewirkt haben. Sie teilt weiterhin mit, dass im Sinne des Kreistagsbeschlusses zwischenzeitlich auch eine Masterarbeit eines Studenten der Justus-Liebig-Universität vorgelegt wurde, die sich allerdings derzeit noch im Bewertungsverfahren befindet.

Frau Landrätin Schneider stellt abschließend fest, dass es bei der gesamten Berichterstattung zu diesem sensiblen Thema grundsätzlich um eine historische Aufarbeitung der Zeitgeschichte gehe.

Herr Starzacher berichtet ausführlich von den Gesprächen, die er mit ehemaligen Kreistagsabgeordneten geführt hat, die zwar Mitglied der NSDAP waren, aber am Aufbau der Demokratie nach 1945 intensiv mitgewirkt haben. Er zitiert auszugsweise aus diesen Gesprächen, ohne dabei Namen zu nennen.

Der Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss nimmt den vorliegenden Bericht zur Kenntnis.

- | | |
|----|---|
| 2. | Vorab-Bericht zum Berichts Antrag über die Inanspruchnahme der Kassenkredite für den Zeitraum 2009 bis 2012 sowie der hierzu gezahlten Zinsen;
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 30. Januar 2013 (Vorlage Nr. 0606/2013) |
|----|---|

Auf die Nachfrage von Herrn Haumann begründet Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald nochmals die Notwendigkeit der Festsetzung des Höchstbetrages der Kassenkredite in der Haushaltssatzung 2013 auf 280 Mio. €. Er weist insbesondere darauf hin, dass zum Zeitpunkt der Antragstellung der CDU-Fraktion während der Haushaltsberatungen 2013 auf Absenkung des Höchstbetrages noch kein verbindlicher Vertrag mit dem Land Hessen zur Ablösung von Kassenkrediten nach dem Hessischen Schutzschirmgesetz abgeschlossen war und somit auch noch keine Kassenkredit-Verbindlichkeiten reduziert werden konnten. Von daher war zu diesem Zeitpunkt unter Berücksichtigung des Haushaltsdefizites 2013 und der Liquiditätsplanung in der vorläufigen Haushaltsführung des kommenden Jahres die Festsetzung des Höchstbetrages der Kassenkredite auf 280 Mio. € berechtigt.

Der Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss nimmt den vorliegenden Bericht zur Kenntnis.

3. **Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2011;**
hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 22. März 2013 (Vorlage Nr. 641/2013)

Herr Knoche regt für künftige Beteiligungsberichte an, auch die im vorliegenden Bericht zum größten Teil nicht veröffentlichten Bezüge der Geschäftsführungen offenzulegen. Er halte diese Informationen insbesondere bei den Beteiligungen des öffentlichen Sektors an privaten Unternehmen für erforderlich.

Der Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss nimmt den vorliegenden Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2011 ohne eine förmliche Abstimmung zur Kenntnis.

4. **Änderung der Kinderbetreuungsrichtlinie;**
hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 28. März 2013 (Vorlage Nr. 649/2013)

Es erfolgt keine Aussprache.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:

Zustimmung (einstimmig)

5. **Schulung der Verwaltungsmitarbeiter im Publikumsverkehr in Gebärdensprache;**
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 1. Juni 2012 und Initiativantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 21. Juni 2012- gemäß Beschluss des Kreistages vom 25. Juni 2012 (Vorlage Nr. 0434/2012)

Frau Landrätin Schneider erläutert im Ergebnis des Prüfauftrages aus dem Kreistag, dass der Kreisausschuss am 4. März 2013 nach vorheriger Beratung im Beirat für Menschen mit Behinderung einen entsprechenden Beschluss zum Einsatz von Gebärdendolmetschern für Kunden der Kreisverwaltung gefasst habe. Entsprechende Protokollauszüge sind der Vorlage beigelegt.

Herr Haumann schlägt zum weiteren Verfahren vor, die von Frau Landrätin Schneider dargestellten Fakten bis zur Kreistagssitzung schriftlich vorzulegen und stellt in Aussicht, dass dadurch der Hauptantrag der CDU-Fraktion für erledigt erklärt werden könne.

An der Aussprache beteiligen sich weiterhin Frau Fraktionsvorsitzende Hofmann, Herr Kreistagsvorsitzender Funck und Herr Tampe-Haverkock.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:

Es erfolgt keine Abstimmung.

- | |
|--|
| 6. Einführung einer Informationsfreiheitssatzung;
hier: Antrag der Gruppe Piratenpartei vom 29. Januar 2013 (Vorlage Nr. 0605/2013) |
|--|

Herr Tampe-Haverkock begründet den Antrag.

Frau Fraktionsvorsitzende Hofmann stellt für die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW folgenden Änderungsantrag:

Im Satz 1 wird das Wort „*juristisch*“ gestrichen. Nach den Worten „*erlassen kann*“ wird folgendes ergänzt:

„welcher Aufwand und welche Kosten dadurch entstehen würden und ob eine landesweite Regelung geplant ist.“

Der Rest des Beschlussantrages wird gestrichen. Über die Prüfergebnisse soll im Kreistag berichtet werden.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung über den geänderten Antrag für den Kreistag ab:

Zustimmung (einstimmig)

- | |
|---|
| 7. Stellensituation im Team Asyl;
hier: Antrag des Kreisausländerbeirates vom 10. April 2013 (Vorlage Nr. 0654/2013) |
|---|

Der Vorsitzende des Kreisausländerbeirates, Herr van Slobbe, begründet den Antrag.

Der Verfahrensvorschlag des Fachausschusses mit folgenden Wortlaut

„Die Verwaltung möge prüfen,

- 1. wie der Bedarf derzeit ist*
- 2. und die Entwicklung eingeschätzt wird.*
- 3. Welche Möglichkeiten der Beseitigung des Engpasses ohne dauerhafte Ausweitung des Stellenplans vorstellbar sind*
- 4. und was das Regierungspräsidium dazu sagt.“*

wird übernommen.

Der Antrag wird daher zurückgestellt bis zu einer Berichterstattung

des zuständigen Dezernenten in der nächsten Ausschusssrunde.

Zu diesem Verfahrensvorschlag erklärt Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald, dass man derzeit die Unterlagen für das Regierungspräsidium zusammenstelle. Wenn weitere Informationen der Aufsichtsbehörde vorlägen, werde er als zuständiger Dezernent im nächsten Fachausschuss berichten.

Der Ausländerbeirat erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:

Es erfolgt keine Abstimmung.

8. Erhalt der Wasserversorgung als öffentliche Aufgabe;
hier: gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 9. April 2013 (Vorlage Nr. 0655/2013)

Herr Fraktionsvorsitzender Nachtigall begründet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW.

Aufgrund von Änderungsvorschlägen aus den Reihen von CDU und FDP ändern die antragstellenden Fraktionen den Antrag wie folgt:

1. Satz 2 wird ergänzt durch folgende Worte: „*und den Bereich der Wasserversorgung vollständig aus der geplanten Dienstleistungsrichtlinie herauszunehmen.*“
2. Satz 4 erhält folgende neue Fassung: „*Im Sinne dieser Resolution soll der Kreisausschuss über die kommunalen Spitzenverbände und Fachverbände sowie gegenüber dem Vorsitzenden des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, und den beiden EU-Kommissaren Barnier und Oettinger diese Position deutlich machen und diese auffordern, weiterhin der geplanten Richtlinie zu widersprechen und entsprechend aktiv zu werden.*“

An der Aussprache beteiligen sich Herr Haumann, Herr Schäfer, Herr Hamel und Herr Kreistagsvorsitzender Funck.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung über den geänderten Antrag für den Kreistag ab:

Zustimmung (einstimmig bei einer Stimmenthaltung)

10. Mitteilungen und Anfragen

Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald erstattet folgende Mitteilungen:

- Kreditablösung im Rahmen des Kommunalen Schutzschirmes:
Auf der Grundlage des Konsolidierungsvertrages zum Kommunalen Schutzschirm und der im Januar mit der WiBank abgeschlossenen Ablösungs- und Zinsvereinbarung sind am 15. Februar 2013 in einer 1. Tranche Kassenkredite im Gesamtvolumen von 64.068.241 € abgelöst worden. Dabei wurde ein Zinssatz von 2,051 % für die Zinsperiode bis 15.02.2023, d.h. für die ersten 10 Jahre festgelegt. Durch die mit der Entschuldungshilfe bewilligten Zinsdiensthilfen in Höhe von 2,0 % verringert sich die Netto-Belastung auf nur 0,051 %. Die Verbuchung muss allerdings nach dem Brutto-Prinzip erfolgen, d.h. eine Verbesserung im Haushaltsvollzug entsteht nicht durch Verminderung des Zinsaufwandes, sondern durch die Verbuchung der Schuldendiensthilfen in Höhe von rund 1,1 Mio. € auf der Ertragsseite. Durch die Kreditablösung hat sich der Stand der Kassenkredite im Februar von 230.000.000 € auf 165.000.000 € verringert.
- Haushaltsgenehmigung 2013:
Die Genehmigung des Regierungspräsidiums Gießen zur Haushaltssatzung 2013 vom 28. März 2013 ist unmittelbar nach dem Posteingang noch am gleichen Tage über das Parlamentsinformationssystem allen Kreistagsmitgliedern zugeleitet worden. Damit ist die formelle Bekanntgabe gem. § 29 Abs. 3 HGO erfolgt.
- Quartalsbericht:
Der am 30. April 2013 fällige Finanzstatusbericht für das 1. Quartal 2013 ist pünktlich erstellt worden und wird in das Parlamentsinformationssystem zur Einsichtnahme bereitgestellt.
- Jahresabschluss 2009:
Der erste doppelte Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2009 ist inzwischen fertiggestellt. Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 22. April 2013 den Aufstellungsbeschluss gefasst. Der 355 Seiten umfassende Abschlussband wurde der Revision zur Prüfung zugeleitet. Eine Beratung und Beschlussfassung durch den Kreistag erfolgt erst nach dem Abschluss der Prüfung.
- Überörtliche Prüfung durch den Landesrechnungshof:
Mit Schreiben vom 18. März 2013 hat der Präsident des Hessischen Rechnungshofes formell angekündigt, dass der Landkreis Gießen im kommenden Jahr an der 174. Vergleichenden Prüfung „Haushaltsstruktur 2014: Landkreise“ beteiligt sein wird. Damit werden wird der Landkreis Gießen nach 2009 erneut einer sogenannten Vollprüfung unterzogen.

Frau hauptamtliche Kreisbeigeordnete Dr. Schmahl bittet die Fraktionen und Gruppen bis zur Kreistagssitzung am 6. Mai 2013 um eine Rückäußerung zu dem beabsichtigten Grundsatzbeschluss über die Neuregelung der An- und Abfahrten der Schulbusse an den Schulstandorten.



Matthias Klose
Ausschussvorsitzender



Klaus Dieter Schmitt
Schriftführer